

PRESSEUNTERLAGE

zur Pressekonferenz der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) am 20. November 2017

Gesprächspartner:

Oliver Vitouch, Präsident der uniko, Rektor der Universität Klagenfurt

Themen:

Ergebnisse der uniko-Jahresklausur; Erwartungen an die neue Bundesregierung

Österreichs Attraktivität in Ausbildung, Forschung und Innovation und die Leistungsfähigkeit als Universitäts- und Wissenschaftsstandort, spielten im vergangenen Nationalratswahlkampf eine untergeordnete, kaum sichtbare Rolle. Umso wichtiger ist es, dass die diesbezüglichen ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen nun in den Koalitionsgesprächen erkannt werden: Aus gutem Grund werden Wissenschaft und Forschung im Cluster „Zukunft“ behandelt. Die **Universitätenkonferenz (uniko)** gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sich jene Kräfte, die für die kommende Legislaturperiode die politische Verantwortung für die Republik Österreich übernehmen werden, der nachhaltigen Bedeutung international konkurrenzfähiger Wissenschaft und Forschung im Zeitalter der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft, der Digitalisierung und des technologischen und ökonomischen Wandels bewusst sind und dieser die bisher fehlende Priorität einräumen.

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKO) sendet diesbezüglich durch jüngste Reiseaktivitäten zu den Eliteuniversitäten in Südostasien bereits Signale aus, dass sie die Zukunft offenbar anderswo, jedenfalls nicht an den heimischen Universitäten sucht. Nun unterscheiden sich Universitäten wie das KAIST (Südkorea) oder die Nanyang Technological University (Singapur) in zweierlei Hinsicht gewaltig von den österreichischen: einerseits hinsichtlich ihrer Finanzierung (durch öffentliche Mittel und private Spenden; die NTU verfügte 2013 über ein *endowment*, also einen „Universitätsschatz“, von 1,8 Milliarden US\$ bei 33.000 Studierenden), andererseits hinsichtlich ihrer Struktur und ihrer rechtlichen Möglichkeiten.

Finanzierung. In Österreich braucht es daher ab 2018, so die übereinstimmende Ansicht der uniko-Mitglieder in der jüngsten Klausur, nach einer raschen und fairen Umsetzung des Einstiegs in die Studienplatzfinanzierung (Leistungsperiode 2019-21) zweierlei: (1) Einen langfristigen adäquaten Finanzierungspfad zum Zwei-Prozent-BIP-Ziel für den tertiären Bildungsbereich mit konkreten Meilensteinen; (2) beherzte Strukturreformen, insbesondere im Bereich des Studienrechts.

„Die Universitäten müssen wieder als Universitäten funktionieren dürfen. Dazu bedarf es auch einer nachhaltigen, ressourcenbewussten Regelung des Hochschulzugangs“, erklärt **uniko-Präsident Oliver Vitouch**. Das österreichische Universitätssystem ist seit Jahren überlastet und angesichts seiner Aufgaben und der rund 300.000 Studierenden gravierend unterdotiert, was konsequente Reformschritte unumgänglich erscheinen lässt.

Die **uniko** deponiert in diesem Zusammenhang eine Reihe von Erwartungen an die Bundesregierung, die in einen Koalitionsvertrag aufzunehmen sind:

- (a) einen Investitionsplan für Universitätsbauten und Infrastruktur;
- (b) eine substanzielle Stärkung des Wissenschaftsfonds FWF, mit adäquater Overhead-Regelung (Projektkosten);
- (c) Die Herstellung international wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen, um die besten Köpfe zu gewinnen; dazu zählt insbesondere eine couragierte Modernisierung des Studienrechts, um den Sonderweg „Studieren auf Österreichisch“ mit rekordverdächtig langer Studiendauer und bis zu viermaligen Prüfungswiederholungen zu beenden.

Teilzeitstudierende. Die **uniko** tritt auch für die Schaffung eigener Kategorien von Vollzeit- bzw. Teilzeitstudierenden ein, die den internationalen Gepflogenheiten und der realen Situation vieler Studierender besser entsprechen: Das derzeitige Verständnis von Studienaktivität und der faktische Status von „Langzeitstudierenden“ ist weder für die Betroffenen noch für die Universitäten befriedigend. Dieser Aspekt muss in ein neues Studienrecht eingebettet werden, das Rechte und Pflichten besser regelt und Voraussetzungen schafft, die ein intensives Studium und einen zügigen Studienabschluss ermöglichen. „Dies sollte mit adäquaten Stipendien kombiniert werden, um das System insgesamt effizienter zu machen“, erklärt Präsident Vitouch. Unter passenden Rahmenbedingungen sind Stipendien eine sinnvolle volkswirtschaftliche Investition, die sich rasch rechnet: Absolventinnen und Absolventen der Universitäten tragen zu höherer Steuerleistung bei und stärken die Innovationskraft der Wirtschaft. Das gilt allerdings naturgemäß nur bei guten Abschlussquoten.

Forschungsförderung. Die Förderungspraxis von Grundlagenforschung einerseits und betrieblicher Forschung andererseits zeigt ein wachsendes Ungleichgewicht: Zwar investiert Österreich mit 3,14 Prozent des BIP nach Schweden mehr als alle anderen Länder Europas in Forschung und Entwicklung (F&E). Während die Schweiz und die Niederlande jedoch fast ein Drittel ihrer F&E-Mittel in die Grundlagenforschung stecken, ist es in Österreich nicht einmal ein Fünftel. 2017 waren 190 Millionen für den Wissenschaftsfonds FWF vorgesehen und 530 Millionen für die Forschungspremie, die Betrieben zugutekommt. „Es wird dringliche Aufgabe der nächsten Bundesregierung sein, hier eine zukunftsfähige Balance herzustellen“, betont Präsident Vitouch.